

## **Bezirke - Sozialparlamente Bayerns, ihre Aufgabe, Finanzierung und Reform**

Bericht und Standpunkt von Heike Lotterschmid, FW-Bezirksrätin Oberbayern 6/03

Die bayerischen Bezirke, die sich sicher zurecht „Sozialparlamente“ nennen, sind für die **überörtlichen** Aufgaben der **Daseinsfürsorge** zuständig, dh für all das, was die Leistungsfähigkeit der Landkreise und kreisfreien Städte übersteigt.

Die Bezirke, als 3.kommunale Ebene, schaffen Einrichtungen, die für das SOZIALE, wirtschaftliche und kulturelle Wohl der bayerischen Bevölkerung notwendig sind.

Sie sind **Träger psychiatrischer und neurologischer Fachkrankenhäuser, Spezialkliniken, Fach- und Sonderschulen, Freilichtmuseen und Kultur- und Bildungszentren** (zB Kloster Seeon /Oberbayern oder Irsee /Schwaben) sowie **überörtlicher Sozialhilfeträger**.

Neben der Pflege in Einrichtungen ist der Bezirk zuständig für Eingliederungshilfe für körperlich, geistig und seelisch behinderte Menschen, insbesondere Förderstätten und Werkstätten. Dazu kommen u.a. sonstige Hilfen in besonderen Lebenslagen für Wohnungslose, psychisch Kranke, Suchtkranke etc.

Die psychiatrischen Fachkrankenhäuser wie Haar bei München werden ergänzt durch Tagkliniken und Fachambulanzen, psychiatrische Krisenzentren, sowie Fachkliniken für Kinder- und Jugendpsychiatrie und für Drogenabhängige. Auch das deutschlandweit einzigartige Kinderzentrum in München ist in bezirklicher Trägerschaft.

Darüberhinaus sind Spezialschulen wie Schreinerfachschule, Agrarbildungszentrum und Schulen für Hör-, Seh- Sprach- und Körpergeschädigte, sowie Krankenpflegeschulen in der Zuständigkeit der Bezirke, ergänzt durch Jugendeinrichtungen wie den Bezirksjugendring und die Förderung bayerischer Kultur.

Die Förderung von Natur-, Landschafts- und Gewässerschutz runden den vielseitigen Aufgabenkatalog ab.

**Zweifelsfrei erfüllen die Bezirke wichtige, unverzichtbare öffentliche Aufgaben, wozu unbedingt auch die Verbesserung der Altenpflegesituation gehört.**

Weil die Bezirke über keine eigenständige Finanzausstattung verfügen, die sie zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben benötigen, refinanzieren sich die Bezirke zum großen Teil über die Bezirksumlage bei den Landkreisen, die ihrerseits dieses Geld über die Kreisumlage wieder bei den Gemeinden abholen. Sinnloser Kreislauf und kostspieliger Verwaltungsaufwand, der die Bezirke bei Landkreisen und Gemeinden und damit bei der Bürgerschaft reichlich unbeliebt macht.

Die Finanzlage der Bezirke ist ziemlich verzweifelt. ZB werden 2003 die Sozialausgaben alleine des Bezirks Oberbayern 962 Millionen Euro betragen, das sind 93% des gesamten Verwaltungshaushaltes von 1.033 Milliarden Euro. Trotz dieses gestiegenen Zuschussbedarf s wurden absurderweise die Mittel aus dem Topf der Finanzausgleichsmittel gekürzt.

2001 mussten die 7 bayerischen Bezirke mit 2.18 Milliarden Euro, immerhin 78 % des Gesamtsozialhilfeaufkommens in Bayern aufbringen. Von 1990 bis 2001 sind die Ausgaben für Eingliederungshilfe von 486 Millionen auf 1.32 Milliarden Euro gestiegen, das sind 272 %.

In Verruf gebracht wurden die Bezirke vor einigen Jahren durch den verschwenderischen und skandalösen Umgang mit Steuermitteln einiger mittlerweile aus dem Amt entfernten

Bezirkstagspräsidenten. Die zurecht empörte Öffentlichkeit reagierte mit dem Wunsch nach Abschaffung der Bezirke, was zu einer öffentlichen Debatte führte, die den Landtag zwang eine Debatte über eine Reform der Bezirke zu führen

Der langen Debatten kurzer Sinn war, dass alles so bleibt wie es ist. Die absolute CSU-Mehrheit erwies sich wieder einmal als erstarrt und reformunfähig. Auch die Ideen der SPD erschöpften sich im Klein-Klein. Damit aber ja niemand nochmals auf die Idee kommt, die Bezirke tatsächlich abzuschaffen, klagen die Bezirke nur ganz verschämt, diskret und leise über das Fehlen ausreichender, eigenständiger Finanzmittelzuweisung, statt endlich Abhilfe deutlich und zwingend einzufordern, nämlich das **Konnexitätsprinzip**. Das **Konnexitätsprinzip** wie es aufgrund des Volksbehrens der Freien Wähler, unter dem Motto: „Wer anschafft zahlt“ in der Verfassung verankert werden soll. Das **fehlende Konnexitätsprinzip** ist genauso **von Übel**, wie das Fehlen einer grundlegenden Reform aller Verwaltungseinheiten und aller politischen Einheiten in Bayern.

Eine Entflechtung und Neustrukturierung des aufgeblasenen Staats- und Verwaltungsapparates ist ebenso dringend notwendig wie die damit verbundene Entbürokratisierung mit dem Ziel: weniger Staat dafür mehr Transparenz und Effizienz.

Die lahme Diskussion um eine Reform des Bezirkstags hilft hier nicht weiter. Es genügt einfach nicht isoliert nur eine einzige Ebene zu reformieren, wenn alle Ebenen verkrustet, verstrickt und ineinander verschachtelt sind.

Mein Antrag „zur umfassenden Neuordnung der politischen Verwaltungs- und Behördenstrukturen in Bayern anlässlich der geplanten Bezirkstagsreform“, den ich bereits vor 4 Jahren im Namen der Freien Wähler gestellt habe, wurde eiligst als zu radikal abgetan.

Um Mehrfach- und Parallelbearbeitungen, sowie um Überschneidungen und Überlappungen zu vermeiden und vor allem um Kosten zu sparen, müssen zumindest **Bezirksregierungen und Bezirkstage zusammengelegt werden**, wie das auch in den Leitlinien der Freien Wähler gefordert wird. Ein Bezirkspräsident könnte dann die Aufgaben übernehmen, die heute von je 1 Regierungspräsidenten und 1 ehrenamtlichen Bezirkstagspräsidenten wahrgenommen werden. Bayern könnte sich mit einem Schlag 7 Präsidenten sparen.

Neben der Umsetzung des Konnexitätsprinzips gibt es viel zu tun im bayerischen Landtag und in den 7 Bezirkstagen. Vor allem gilt es die **absolute Mehrheit der CSU zu brechen**. Packen wir es an. Die Freien Wähler werden gebraucht. Ich bin gerne bereit meine ganze Erfahrung, meine Kompetenz und mein ehrliches Engagement wieder in den Bezirkstag einzubringen.

Höchste Zeit wird's, dass die **Freien Wähler** ihren, von jeglicher Parteibrille ungetrübten gesunden Menschenverstand **in den Landtag und damit verstärkt in den Bezirkstagen** einbringen. Die Politik in Bayern darf nicht alleine den Parteien überlassen werden, sonst wird Jean Stock von der SPD Recht behalten, der schon vor 50 Jahren in einer Debatte über die Bezirksordnung sagte, ich zitiere: „Legen Sie nicht allzu große Hoffnungen auf den Ausschuss für die Vereinfachung der Staatsverwaltung! Ich habe schon 1922 als junger Mensch im Bayerischen Landtag zu der Vereinfachung der Staatsverwaltung gesprochen. Es ist heute noch genauso beim Alten. Die Sache ist sogar noch viel aufgeblähter als sie seinerzeit gewesen ist.“

*Heike Lotterschmid, seit 1990 Gemeinderätin in Olching/ größte Gemeinde Bayerns/ 24.000 Einw., seit 7 J. stellvertretende Bürgermeisterin, Mitglied im Deutschen Städtetag /Gleichstellungsausschuss, seit 2002 Kreisrätin und Mitglied des Krankenhaus-verwaltungsausschusses, seit 1998 Mitglied des Bezirkstages von Oberbayern /Bezirksausschuss*